

Das Wachstumsparadigma hat ausgedient

Vom grünen Feigenblatt zur Postwachstumsökonomie

Wegen materieller und finanzieller Rebound-Effekte können grüne Wachstumsstrategien die Ökosphäre nicht hinreichend entlasten. Es gilt vielmehr, die Transformation zu einer Postwachstumsökonomie einzuleiten. Im Folgenden werden ihre Konturen skizziert und die Schwierigkeiten ihrer politischen Umsetzung diskutiert.

Von Niko Paech

Die Frage, ob eine Postwachstumsökonomie wünschenswert, politisch durchsetzbar oder vereinbar mit modernen Vorstellungen von individueller Selbstverwirklichung wäre, verweist auf eine Gespensterdebatte, so als sei das Wachstumsregime fortsetzbar. Was bestenfalls noch wachsen kann, ist die Gewissheit darüber, dass weitere Steigerungen des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus mindestens vier Gründen keine Option mehr sind. Erstens scheidet Wachstum absehbar an Ressourcenengpässen (Heinberg 2007), zweitens verringert es nicht per se Verteilungsdisparitäten (Paech 2008), drittens sorgt es nach Erreichen eines bestimmten Wohlstandsniveaus für keine Glückszuwächse (Layard 2005), und viertens ist es nie ohne ökologische Schäden zu haben (Paech 2012). Nichts wäre derzeit wichtiger als eine Entlastung der Ökosphäre. Politiker(inne)n und vielen Wissenschaftler(inne)n fällt dazu nichts Besseres ein, als ausgerechnet jetzt weiteres, wenngleich „grünes“ Wachstum zu propagieren. Im Folgenden soll dargelegt werden, warum stetiges Wirtschaftswachstum nicht vollständig von ökologischen Schäden entkoppelt werden kann, um sodann die Konturen der Postwachstumsökonomie zu skizzieren.

1 Entkopplung als Schimäre

Steigerungen des BIP setzen zusätzliche Produktion voraus, die als Leistung von mindestens einem Anbieter erbracht und zu einem Empfänger übertragen werden muss und die einen Geldfluss induziert. Die Wertschöpfungszunahme hat somit eine materielle Entstehungsseite und eine finanzielle Verwendungsseite des zusätzlichen Einkommens. Beide sind ökologisch zu neutralisieren. Selbst wenn sich die Entstehung einer geldwerten und damit BIP-relevanten Leistungsübertragung technisch entmaterialisieren ließe – was mit Ausnahme singulärer Laborversuche aussichtslos ist –, bliebe das Entkopplungsproblem so lange ungelöst, wie sich mit dem zusätzlichen Ein-

kommen beliebige Güter finanzieren lassen, die nicht vollständig entmaterialisiert sind.

1.1 Entstehungsseite: Materielle Rebound-Effekte

Wie müssten Güter beschaffen sein, die als geldwerte Leistungen von mindestens einem Anbieter zu einem Nachfrager übertragen werden, deren physischer Transfer, Herstellung, Nutzung und Entsorgung jedoch aller Flächen-, Materie- und Energieverbräuche enthoben sind? Bisher ersonnene Green-Growth-Lösungen erfüllen diese Voraussetzung offenkundig nicht, ganz gleich ob es sich dabei um Passivhäuser, Elektromobile, Ökotextilien, Photovoltaikanlagen, intelligente Netze, Cradle-to-cradle-Getränkeverpackungen oder Carsharing handelt. Um eine materielle Substitution zu erwirken, reicht es nicht aus, nur Outputströme zu ersetzen, wenn dies mit zusätzlichen materiellen Bestandsgrößen und Flächenverbräuchen erkaufte wird. Vielmehr sind die alten Kapazitäten und Infrastrukturen zu beseitigen. Aber wie könnte die Materie ganzer Industrien und Infrastrukturen ökologisch neutral verschwinden?

Im Übrigen ergäbe sich ein zweites Dilemma: Wie kann das BIP dauerhaft wachsen, wenn jedem grünen Wertschöpfungsgewinn ein Verlust infolge des Rückbaus alter Strukturen entgegensteht? Die von der Green-Growth-Gemeinde bestaunten Wertschöpfungsbeiträge der erneuerbaren Energien sind nur ein Strohfeuereffekt infolge des vorübergehenden und additiven Kapazitätsaufbaus. Danach reduziert sich die ökonomische Wirkung auf einen Energiefluss, der vergleichsweise wenig Aufwand an wertschöpfungsträchtigen Inputs verursacht und nicht beliebig gesteigert werden kann – es sei denn, die Produktion neuer Anlagen wird ohne Begrenzung fortgesetzt. Aber dann droht wieder der alte Wachstumskonflikt. Die schon jetzt unerträglichen Landschaftszerstörungen nähmen entsprechend zu, weil die materiellen Bestandsgrößen expandieren. Daran zeigt sich zudem, dass derartige grüne Technologien ohnehin kein ökologisches Problem lösen, sondern nur in eine andere physische, räumliche, zeitliche oder systemische Dimension transformieren (Paech 2012). Deshalb sind die Versuche, Entkopplungserfolge empirisch nachzuweisen, nur so brauchbar, wie es gelingt, alle räumlichen und sonstigen Verlagerungseffekte zu inkludieren. Aber wie sollen beispielsweise Kohlendioxidinsparungen (CO₂) und Landschaftszerstörungen saldiert werden?

1.2 Verwendungsseite: Finanzielle Rebound-Effekte

Selbst wenn entmaterialisierte Produktionszuwächse jemals möglich wären, müssten die damit unvermeidlich korrespon-

dierenden Einkommenszuwächse ebenfalls ökologisch neutralisiert werden. Aber würden jene Konsumenten, die das in den grünen Branchen zusätzlich erwirtschaftete Einkommen beziehen, keine Eigenheime bauen, nicht mit dem Flugzeug oder Auto reisen und übliche Konsumaktivitäten nicht nutzen?

Ein zweiter finanzieller Rebound-Effekt droht, wenn grüne Investitionen den Gesamtoutput (vorübergehend) erhöhen, weil nicht zeitgleich und im selben Umfang die alten Produktionskapazitäten zurückgebaut werden, was tendenziell Preissenkungen verursacht und folglich die Nachfrage erhöht. Davon kann sogar der fossile Sektor mitprofitieren. Ein dritter finanzieller Rebound-Effekt tritt ein, wenn Effizienzerhöhungen die Betriebskosten bestimmter Objekte (Häuser, Autos, Beleuchtung etc.) reduzieren. Theoretisch ließen sich diese Rebound-Effekte vermeiden, wenn sämtliche Einkommenszuwächse abgeschöpft würden – aber wozu dann überhaupt Wachstum, wenn die damit intendierte Wirkung im selben Moment neutralisiert wird?

Die Behauptung, durch Investitionen in grüne Technologien könne Wirtschaftswachstum mit einer absoluten Senkung von Umweltbelastungen einhergehen, kehrt sich ins genaue Gegenteil: Allein unter der Voraussetzung eines nicht wachsenden BIPs haben grüne Technologien überhaupt eine Chance, die Ökosphäre zu entlasten. Und dies ist nicht einmal eine hinreichende Bedingung, weil die materiellen Effekte – insbesondere die unzähligen Verlagerungsmöglichkeiten – auf der Entstehungsseite ebenfalls einzukalkulieren sind.

2 Konturen einer Postwachstumsökonomie

Wenn eine Entkopplung des BIP systematisch fehlschlägt, bleibt logischerweise nur die schrittweise Reduktion industriell-arbeitsteiliger Versorgungssysteme auf ein räumlich und zeitlich übertragbares ökologisches Niveau. Aber dieser Weg ist infolge heraufziehender Krisenszenarien ohnehin vorgezeichnet: „By Design or by Disaster“. Den Rückbau sozialverträglich und ökonomisch resilient zu gestalten, liegt im Kern einer Postwachstumsökonomie.

2.1 Jenseits der monetären Sphäre

Das Gestaltungsprinzip der Suffizienz konfrontiert die Steigerungslogik konsumtiver Selbstverwirklichungsexzesse mit folgenden Gegenfragen: Von welchen Energiesklaven und Komfortkrücken ließen sich überbordende Lebensstile und schließlich die Gesellschaft als Ganzes befreien? Welcher Wohlstandsschrott, der längst das Leben verstopft, obendrein Zeit, Geld, Raum sowie ökologische Ressourcen beansprucht, ließe sich ausmustern? Dafür liefert eine zeitökonomische Theorie der Suffizienz (Paech 2010) längst Beweggründe jenseits moralischer Imperative. In einer Welt der Reiz- und Optionenüberflutung, die das „erschöpfte Selbst“ (Ehrenberg 2004) nicht mehr bewältigen kann, werden Überschaubarkeit und Entschleunigung zum Selbstschutz.

Weiterhin ließe sich eine Balance zwischen Selbst- und Fremdversorgung anstreben. Zwischen den Extremen reiner

Subsistenz und globaler Verflechtung existiert ein reichhaltiges Kontinuum unterschiedlicher Fremdversorgungsgrade. Moderne Subsistenz entfaltet ihre Wirkung im unmittelbaren sozialen Umfeld, also auf kommunaler oder regionaler Ebene. Sie basiert auf einer (Re-)Aktivierung der Kompetenz, manuell und kraft eigener handwerklicher Tätigkeiten Bedürfnisse jenseits kommerzieller Märkte zu befriedigen. Die hierzu benötigte Zeit könnte sich aus einem Rückbau des industriellen Systems speisen. Durch eine Halbierung der Erwerbsarbeit ließen sich Selbst- und Konsumversorgung kombinieren. Ein bescheidenes monetäres Einkommen würde durch Subsistenzleistungen ergänzt.

- Nutzungsintensivierung durch Gemeinschaftsnutzung: Wer die Nutzung von Gebrauchsgegenständen mit anderen Personen teilt, trägt dazu bei, industrielle Herstellung durch soziale Beziehungen zu ersetzen. Doppelte Nutzung bedeutet halbierten Bedarf.

- Nutzungsdauerverlängerung: Wer durch handwerkliche Fähigkeiten oder Improvisationsgeschick die Nutzungsdauer von Konsumobjekten erhöht – zuweilen reicht schon die achtsame Behandlung, um frühen Verschleiß zu vermeiden –, substituiert materielle Produktion durch eigene produktive Leistungen, ohne auf Konsumfunktionen zu verzichten. Wo es gelingt, die Nutzungsdauer durch Instandhaltung, Reparatur, Umbau etc. durchschnittlich zu verdoppeln, könnte die Produktion neuer Objekte entsprechend halbiert werden.

- Eigenproduktion: Haus-, Dach-, Gemeinschaftsgärten und andere Formen der urbanen Landwirtschaft erweisen sich als dynamischer Trend, der zur Deindustrialisierung des Nahrungsmittelbereichs beitragen kann. Künstlerische und handwerkliche Betätigungen reichen von der kreativen Wiederverwertung ausrangierter Gegenstände über selbst gefertigte Holz- oder Metallobjekte bis zur semiprofessionellen Marke „Eigenbau“.

Derartige Subsistenzleistungen bewirken, dass eine Halbierung der Industrieproduktion nicht den materiellen Wohlstand halbiert: Wenn Konsumobjekte länger und/oder gemeinschaftlich genutzt werden, reicht ein Bruchteil der momentanen industriellen Produktion, um dieselbe Versorgung mit Konsumfunktionen zu gewährleisten. Moderne Subsistenz besteht darin, einen markant reduzierten Industrieoutput mittels dreier Subsistenzressourcen aufzuwerten:

- Handwerkliche, künstlerische und substanzielle Kompetenzen; Improvisationsgeschick

- Eigene Zeitressourcen

- Soziales Kapital

Solchermaßen entmonetarisierte Versorgungssysteme steigern die Resilienz und mindern den Wachstumsdruck einer kapitalintensiven industriellen Spezialisierung (Paech 2012a, S. 103ff.) .

2.2 Die Rolle der Unternehmen

Manche der nach Ausschöpfung aller Suffizienz- und Subsistenzpotenziale verbleibenden Bedürfnisse ließen sich durch

regionale Ökonomien befriedigen. Regionalwährungen könnten Kaufkraft an die Region binden. Die Vorteile einer geldbasierten Arbeitsteilung blieben innerhalb eines deglobalisierten und krisenresistenteren Rahmens erhalten. Ein Bedarf, der nur durch überregionale Produktionsketten zu befriedigen ist, wäre als Restgröße zu betrachten. Innerhalb des zurückgebauten Industriekomplexes würde die Neuproduktion von Gütern, die fern jeglicher geplanten Obsoleszenz langlebig und reparaturfreundlich sein müssten, eine untergeordnete Rolle spielen. Der Fokus läge auf dem Erhalt, der Um- und Aufwertung vorhandener Produktbestände, etwa durch Renovation, Nutzungsdauerverlängerung oder -intensivierung. Klassische Produzenten würden durch Anbieter abgelöst, die an Reparatur, Instandhaltung und Optimierung orientiert wären. Im Rahmen eines „Prosumenten-Managements“ könnten Unternehmen Kurse oder Schulungen anbieten, um Nutzer zu befähigen, Produkte instand zu halten, zu warten und zu reparieren. Damit wird die Befähigung zur Subsistenz zu einer Unternehmensaufgabe. Dies senkt die Kapitalintensität der Wertschöpfung.

Infolge eines reduzierten Bedarfes an neuer Produktion würde weniger Einkommen, also auch weniger Arbeitszeit benötigt, sodass Spielräume für einen Industrierückbau entstünden. Zugleich würde damit Subsistenzzeit freigesetzt.

3 Die Rolle der Politik

Rahmenbedingungen zur Flankierung der Postwachstumsökonomie können hier nur unvollständig genannt werden: Boden-, Geld- und Finanzmarktreflexionen würden systemimmanente Wachstumszwänge mildern. Regionalwährungen könnten mit einer das Zinsniveau gegen Null senkenden Geldumlaufsicherung versehen werden. Veränderte Unternehmensformen wie Genossenschaften, Stiftungen oder andere Ansätze des solidarischen Wirtschaftens könnten strukturell Gewinnerwartungen dämpfen. Der Subventionsdschungel könnte durchforstet werden, um ökologische Schäden und öffentliche Verschuldung zu reduzieren. Ein Bodenversiegelungsmoratorium und Rückbauprogramme für Industrieareale, Autobahnen, Parkplätze und Flughäfen wären notwendig. Wo eine Renaturierung ausscheidet, könnten Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien installiert werden. Weiterhin müsste sich eine Postwachstumspolitik an individuellen CO₂-Bilanzen (von jährlich 2,7 Tonnen pro Kopf) als Richtgröße orientieren. Unternehmen wären zu verpflichten, alle Produkte mit dem CO₂-Fußabdruck zu kennzeichnen.

Ohne parlamentarische Mehrheiten, die den Tanker zum Bremsen und Umsteuern bewegen, bildet die dezentrale und autonome Entwicklung vieler Rettungsboote die weitaus realistischere Strategie. Denn politische Weichenstellungen, die das lieb gewonnene Einkaufs- und Mobilitätsparadies antasten, verletzen die Systemlogik moderner Konsumdemokratien. Deren oberstes Prinzip gleicht einem Überbietungswettbewerb: Wählerstimmen gewinnt, wer noch mehr materielle Freiheiten und Schutz vor Unzumutbarkeiten verspricht und das resultieren-

de Rundum-sorglos-Paket obendrein mit dem Feigenblatt eines „Green New Deals“ veredelt. Jede Abkehr von diesem expansiven Strukturkonservatismus entspräche politischem Selbstmord. Nicht trotz, sondern wegen ihrer demokratischen Verankerung ist die europäische Politik fest in der Hand einer Fortschrittsmentalität, die jeden Wandel ächtet, der entgrenzte und konsumtive Daseinsformen hinterfragt.

Wege aus der Pattsituation beginnen nicht im stahlharten Politikgehäuse, denn in dessen Innerem regiert die Angst davor, sensible Wähler zu verschrecken. Nur wenn Krisen – „Peak Everything“, Klimawandel, Fukushima II, Verschuldungschaos, psychische Überforderung – es erzwingen oder die autonome Praxis einer deglobalisierten und partiell deindustrialisierten Lebenskunst sichtbar wird, gewinnen politische Akteure den Mut, über Reduktionsstrategien nachzudenken. Die politischen Organe moderner Konsumgesellschaften agieren nicht, sondern reagieren; sie eilen einem nötigen Kulturwandel zum Weniger niemals voraus, sondern bestenfalls hinterher. Und weil sie sich darin seit 40 Jahren üben, sind sie an allen Abzweigungen in Richtung Nachhaltigkeit vorbeigerauscht. Jetzt geht es nicht mehr um die Vermeidung des Kollapses, sondern um seine Gestaltung. Das sind gute Voraussetzungen dafür, die europäische Wachstumsdiktatur zu überwinden und einen selbstbestimmten Neuanfang zu wagen.

Literatur

- Binswanger, H. C. (2007): Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses. Marburg, Metropolis.
 Ehrenberg, A. (2004): Das erschöpfte Selbst. Frankfurt, Campus.
 Heinberg, R. (2007): Peak Everything. Gabriola Island, New Society Publishers.
 Paech, N. (2007): Woher kommt der Wachstumszwang? In: Gaia 16, 4/2007. S. 299-300.
 Paech, N. (2008): Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie. In: Zeitschrift für Sozialökonomie 45, 158-159/2008. S. 10-19.
 Paech, N. (2010): Nach dem Wachstumsrausch: Eine zeitökonomische Theorie der Suffizienz. In: Zeitschrift für Sozialökonomie 47, 166-167/2010. S. 33-40.
 Paech, N. (2012): Grünes Wachstum? Vom Fehlschlagen jeglicher Entkopplungsbemühungen. Ein Trauerspiel in mehreren Akten. In: Sauer, T. (Hrsg.): Ökonomie der Nachhaltigkeit. Grundlagen, Indikatoren, Strategien, Marburg, Metropolis, S. 161-181.
 Paech, N. (2012a): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München, Oekom.

■ AUTOR + KONTAKT

Niko Paech ist außerplanmäßiger Professor an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und dort Vertreter des Lehrstuhls Produktion und Umwelt. Er ist außerdem Aufsichtsratsvorsitzender der Oldenburger Energiegenossenschaft (OLEGENO) und Vorsitzender der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ).



apl. Prof. Dr. Niko Paech, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Fakultät II, Lehrstuhl für Produktion und Umwelt (PUM), 26111 Oldenburg.

E-Mail: niko.paech@uni-oldenburg.de

Copyright © 2012, IÖW und oekom Verlag. Die Nutzung des Artikels ist Abonnenten von Ökologisches Wirtschaften vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung des Artikels einschließlich Speicherung und Nutzung auf optischen und elektronischen Datenträgern nur mit Zustimmung der Redaktion von Ökologisches Wirtschaften (<http://www.oekologisches-wirtschaften.de>).